

billigen sind. Er scheint systematisch das Prinzip zu verfolgen, das ihm zustehende Enteignungsrecht für die großen Höchstspannungsstraßen gründlich in seinem Interesse auszuüben. Beweise dafür können erbracht werden aus der Gegend von Frankfurt a. M., wo das Konzessionsgesuch eines großen Elektrizitätsunternehmens so lange hingezögert wurde, bis der Staat mit einem großen Verbraucher, bei dem er die private Konkurrenz fürchtete, einen Abschluß getätigt hatte. An die Reichselektrowerke, die eine Leitung zur Versorgung Niederschlesiens ziehen wollen, sollte das Enteignungsrecht hierfür den betreffenden Kommunalverbänden, die darum einkamen, nur dann verliehen werden, wenn dem preußischen Fiskus eine Majorität in dieser Leitungsgesellschaft eingeräumt würde. Auch dem Elektrizitätswerk Schlesien, das eine Höchst-

spannungsverbindung unter Errichtung eines modernen Kraftwerkes in Cosel plante, sollte das Enteignungsrecht nur gewährt werden unter Abgabe einer überwiegenden Leitungsbeteiligung an den Fiskus.

Bei dieser Sachlage ist es notwendig, den Sozialisierungsplänen des Fiskus schärfsten Widerstand entgegenzubringen. Es geht nicht an, daß mit den Steuergeldern des privaten Kapitals eine allmähliche Enteignung eben des selben privaten Kapitals vorgenommen wird und daß gegenüber dem jetzigen Zustand die drohende Gefahr eines technisch wirtschaftlichen Rückschlages entsteht, der gerade für eine Industrie, die noch eine große Entwicklung vor sich hat, am wenigsten zu brauchen ist.

„Rheinisch-Westfälische Zeitung“

in Nr. 124 (Morgenausgabe) vom Freitag, den 19. Februar 1926.

Der Kaufabschluß im Flugzeug.

Die merkwürdige Dringlichkeit des Geschäftes.

Der Preußische Staat als Unternehmer.

Was die Wirtschaft nicht versteht.

Im Hauptausschuß des Preußischen Landtages wird zur Zeit eine Gesetzesvorlage beraten, die in der nächsten Woche das Plenum beschäftigen wird und die den ersten Teil verschiedener, infolge der kürzlich bewilligten 150-Millionen-Mark-Kredite notwendig gewordener Einzelnachweisungen bildet. Es handelt sich um rund 54 Millionen Mark, die für den Ausbau der staatlichen Elektrizitätswerke bewilligt werden sollen und deren größter Teil bereits verausgabt ist. Die Vorlage und das darin enthaltene elektrowirtschaftliche Programm des Staates (dessen Hauptpunkte bereits mitgeteilt sind) ist in verschiedener Hinsicht interessant. Einmal in dem, was sie enthält — und vor allem, in dem, was sie — verschweigt. — Das zeigen folgende Uebersetzungen und Tatsachen. Der Preußische Staat hat schon in Vorkriegszeiten sich an Main-Wefer ein Elektrizitätsversorgungsgebiet geschaffen, das einen erheblichen Umfang hat, wenn es auch elektrowirtschaftlich nicht an die Bedeutung des Rheinisch-Westfälischen Bezirkes herankommt, da es nur etwa $\frac{1}{10}$ der in Rheinland und Westfalen verbrauchten Energie erreicht und z. B. die Vereinigten Elektrizitätswerke Westfalen allein schon einen bedeutenden Absatz haben. In der Nachkriegszeit hat der Staat sich in Ostpreußen, am Oberschlesien-Werke, am Großkraftwerk Hannover beteiligt und bis dahin haben die Parteien den Weg des Staates gerne mitgemacht. Nun aber setzte seit Beginn der Krise des Jahres 1925 eine Ausdehnungspolitik ein, welche weitere Kreise aufhören machte, ja selbst solchen Parteien zu denken gab, welche bedingungslos die bisherige staatliche Politik begrüßt hatten. Den Beginn machte der Erwerb des Stinnes-Paketes der R. W. E.-Aktien; es folgte der Ankauf der Siemens-Elektrischen Betriebe zu einem enormen Kurse (125 Prozent mit gleichzeitiger Uebernahme einer großen Schweizer-Frankenschuld) und kürzlich

war der Erwerb der $\frac{3}{4}$ -Mehrheit der Zukunft-Aktien zu melden, die, wie der Minister am Dienstag im Hauptausschuß mitgeteilt hat, 12,5 Millionen gekostet hat, d. h. also einen Kurs für die Aktien von über 140 Prozent ergibt, für das keineswegs besonders starke Unternehmen, bei einem vorherigen Börsenstand um 85 Prozent, der auch nach Bekanntwerden der Transaktionen nicht über 125 Prozent stieg und zur Zeit wieder 100 Prozent ist. Zu dieser Erwerbung meldete eine Berliner Korrespondenz, daß der Abschluß durch Entsendung von Preußischen Vertretern im Flugzeug erfolgt sei, eine Eile, die angesichts des überhöhten Kurses, der wahrscheinlich niemals ausreichend verzinst werden kann, beinahe komisch anmutet, da zu derart günstigen Bedingungen die verkaufenden Aktionäre wohl auch die Ankunft der Regierungsvertreter im D-Zuge abgewartet hätten.

Alle diese Erwerbungen sind zunächst unter Umgehung des Landtages erfolgt und auch die jetzige Vorlage enthält von dem Erwerb der Zukunft-Aktien nichts, bildet also offenbar eine Fortsetzung der bisherigen Mißachtungstaktik. Diese Politik hat in Kreisen der Parteien, der Kommunen und der Wirtschaft doch erhebliche Bedenken hervorgerufen. Der Abgeordnete Dr. Pinkerneil (der zugleich Referent für die Vorlage im Hauptausschuß ist), machte zuerst im „Börsenkurier“ unter der Ueberschrift „Preußen als Trustherr“ darauf aufmerksam, daß der Staat offenbar auf dem Wege zu einem regionalen Monopol sei, den man nicht mitmachen könne, da er eine gesunde Konkurrenz verhindere, und legte das Vorgehen der Regierung hinsichtlich der Verwendung der Gelder klar. Die Regierung hat aus allgemeinen Ueberschüssen eines „günstigen Etatsjahres“ nämlich einfach die Mittel vorweggenommen und muß nun zur Anleihe schreiten, da sie infolge eines Defizits die „Ueberschüsse“ zurückzahlen muß. Damit kommt man auf den Kernpunkt des Problems: Die Regierung hat Mittel aus „günstigen Etats“ verwendet, obwohl jedem Einsichtigen klar sein mußte, daß die „günstigen Etats“ nur dadurch entstehen konnten, daß eine steuerliche Ueberlastung der Wirtschaft eingesetzt hat, die jetzt